

Käpplinger, Bernd

Berufliche Weiterbildung in Wahlprogrammen von Parteien in Deutschland und Österreich zwischen Strukturbildung, Schweigen und "Lebenslangem Flügelheben"

Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 48 (2025) 3, S. 451-469



Quellenangabe/ Reference:

Käpplinger, Bernd: Berufliche Weiterbildung in Wahlprogrammen von Parteien in Deutschland und Österreich zwischen Strukturbildung, Schweigen und "Lebenslangem Flügelheben" - In: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 48 (2025) 3, S. 451-469 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-357068 - DOI: 10.25656/01:35706; 10.1007/s40955-025-00333-0

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-357068>

<https://doi.org/10.25656/01:35706>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://info.oe-deepgreen.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft



Berufliche Weiterbildung in Wahlprogrammen von Parteien in Deutschland und Österreich zwischen Strukturbildung, Schweigen und „Lebenslangem Flügelheben“

Bernd Käßlinger 

Eingegangen: 17. Juli 2025 / Überarbeitet: 3. Oktober 2025 / Angenommen: 2. Dezember 2025 / Online publiziert: 22. Dezember 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Der Beitrag analysiert vergleichend vor allem qualitativ, aber mit quantitativen Anteilen die Wahlprogramme auf Bundesebene in Deutschland und Österreich in den Jahren 2024 und 2025 mit Blick auf die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung im politischen Wettbewerb. Erhebliche politische Unterschiede zwischen den Parteien bzw. Parteifamilien werden deutlich. Auffällig ist die Dominanz funktionaler Anpassung an Transformationsprozesse, während Sorgearbeit fast kein Thema ist. Erwartungsgemäß werden Zielgruppen als potenzielle Wählerinnen und Wähler angesprochen, während dies nahezu nicht für Anbieter und Weiterbildungspersonal gilt. Unterschiede zwischen beiden Ländern sind vorhanden, aber es zeigen sich auch Ähnlichkeiten. Es wird weiterer Forschungsbedarf dazu aufgezeigt, wie diese Wahlprogramme entstehen, in Regierungsprogramme transferiert werden und warum partiell zu Erwachsenen- und Weiterbildung Schweigen herrscht. Es wird die Frage tangiert, ob der Governance-Ansatz entpolitisierende Tendenzen beinhaltet und es aktuell wichtiger wäre, sich auch mit dem politischen Ideenwettstreit zu befassen, was nicht nur an Wahlprogrammen festzumachen wäre.

Schlüsselwörter Weiterbildungspolitik · Berufliche Weiterbildung · Österreich · Deutschland · Vergleich

✉ Prof. Dr. Bernd Käßlinger
Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen, Deutschland
E-Mail: bernd.kaepplinger@erziehung.uni-giessen.de

Vocational continuing education in the election programmes of political parties in Germany and Austria: Between structural development, silence, and ‘lifelong spreading of wings’

Abstract The paper conducts a primarily qualitative, but also partly quantitative, comparative analysis of election manifestos at the national level in Austria and Germany in 2024 and 2025, focusing on the role of vocational continuing education within political competition. Significant political differences between parties and party families become evident. A striking finding is the dominance of functional adaptation to transformation processes, while care work is almost entirely absent as a topic. As expected, target groups are addressed mainly as potential voters, whereas providers and continuing education staff are hardly considered. Differences between the two countries exist, but similarities also emerge. The article identifies a need for further research on how these election manifestos are developed, transformed into government programs, and why there is partial silence regarding adult and continuing education. It also touches upon the question of whether the governance approach contains depoliticizing tendencies and whether it might currently be more important to engage with political contestation of ideas—a dimension not limited to election manifestos.

Keywords Policy · Vocational continuing education · Austria · Germany · Comparison

1 Einleitung

Unter „Programmen“ wird in der Weiterbildungsforschung oft das gesamte Angebot von Weiterbildungseinrichtungen verstanden, wozu viele Programmanalysen (Käßlinger 2008, 2022) vorliegen. Stellenweise wird sich fokussiert mit Politischer Bildung befasst wie zum Beispiel bei Programmanalysen von parteinahen Stiftungen/Bildungswerken (vgl. Manninen und Vuorikoski 2024; Malmström 2024). Mit Wahlprogrammen von Parteien wird sich selten befasst (siehe aber Kloubert und Scheidig 2013; Scheidig und Kloubert 2017, 2021). Der folgende Beitrag wird die Wahlprogramme verschiedener Parteien zur Bundestagswahl in Deutschland und Österreich 2024 und 2025 analysieren. Hierbei werden verschiedene Parteien bzw. Parteifamilien in Deutschland und Österreich bei der letzten Wahl auf Bundesebene verglichen.

Erwachsenen- und Weiterbildung stehen oft in engem Zusammenhang mit politischen Verhältnissen (vgl. Dröll 1999). Dies gilt für (parlamentarische) Demokratien besonders, wenngleich Meilhammer (2018, S. 209) bildungsgeschichtlich ergänzt, dass Erwachsenenbildung auch für antidemokratische Zwecke instrumentalisiert werden kann. Vor diesem Hintergrund wird folgende Forschungsfrage verfolgt: Wie ähnlich oder unterschiedlich äußern sich in Wahlprogrammen deutsche und österreichische Parteien zu beruflicher Weiterbildung? Dabei soll herausgearbeitet werden, inwiefern es Gemeinsamkeiten, Konkurrenzen oder Konfliktlinien

von Parteien in Bezug auf berufliche Weiterbildung gibt und worin sich diese ggf. zeigen.

2 Stand der Forschung

Mit dem Zusammenhang von Politik und Erwachsenen-/Weiterbildung wird sich in der Weiterbildungsforschung intensiv befasst (vgl. Bisovsky 1991). Die Governance-Forschung ist in den letzten Dekaden international und national rege (vgl. Langer und Brüsemeister 2019). Sie befasst sich damit, wie Weiterbildung politisch „gesteuert“ wird (siehe Überblick zur Governance-Forschung in der Weiterbildung in Schrader 2021 und Herbrechter und Schemmann 2019). Stellenweise ist analytisch intensiv die (wachsende) Bedeutung internationaler und supranationaler Organisationen im Fokus (Schemmann 2007; Ioannidou 2010; Elfert und Ydesen 2023). Der Governanceansatz wird manchmal kritisch diskutiert:

„Mit einem Wort, die Governance verbreitet eine entpolitisierende Erkenntnistheorie, Ontologie und Gesamtheit von Praktiken. Da ihre Ausrichtung weich, inklusiv und technisch ist, verscharrt die Governance strittige Normen und strukturelle Schichtenbildung (wie zum Beispiel Klassen) sowie die Normen und Ausschlüsse, die durch ihre Verfahren und Entscheidungen in Umlauf gesetzt werden. Sie integriert Subjekte in die Zwecke und Bahnen der Nationen, Betriebe, Universitäten oder anderer Gebilde, die sich ihrer bedienen. Im öffentlichen Leben verdrängt die Governance liberal-demokratische Anliegen mit Bezug auf Gerechtigkeit durch technische Problemformulierungen, Fragen nach dem, was recht ist, durch Fragen nach der Effizienz, selbst Fragen nach dem was legal ist, durch solche nach der Effektivität.“ (Brown 2015, S. 154).

Demnach verschwindet partiell in der Governance-Forschung entpolitisierend ein Politikbegriff, der im Englischen u. a. mit Politics gefasst wird und u. a. den Wettkampf um politische Ideen, Normen und Werte meint. Weiterbildungspolitik könnte so „nur“ noch als Steuerungsproblem im Sinne von Management begriffen werden, während eher ausgeblendet wird, dass Politik auch ein Wettstreit um Ideen, Werte und Normen ist. Zudem gibt es international eigene Handbücher zur Forschung über Erwachsenenbildungspolitik (Milana et al. 2024). Spezielle Begriffe wie Lebenslanges Lernen werden als politische Leitideen der Bildungspolitik in ihrer Genese analysiert (z. B. Kraus 2001; Elfert 2017).

Rund um Wahlen senden Interessenverbände der Erwachsenen- und Weiterbildung an Parteien oft sogenannte Wahlprüfsteine¹. Damit gemeint sind Anfragen von Interessenverbänden und Antworten der befragten Parteien, die vor Wahlen oder anstehenden politischen Entscheidungen veröffentlicht werden und die politische Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürger unterstützen sollen. Stellenweise veröffentlichen Fachzeitschriften wie die Hessischen Blätter für Volksbildung Artikel von Politikerinnen und Politikern von Parteien zum Beispiel in Jubiläumshäften (hvv 2018) oder in Themenheften zur Zukunft der Weiterbildung und dies-

¹ <https://vhs-sachsen.de/wahlpruefsteine-landtagswahl/>. Zugegriffen: 28.11.2025.

bezüglichen Positionen (DIE 1999). Erkenntnisfördernd ist dabei der Vergleich der verschiedenen Positionen der Politikerinnen und Politiker, was in einem zweiten Schritt zu übergreifenden und analytischen Kommentierungen führt (Dröll 1999; Wachter 2019).

Wahlprogramme von Parteien sind mit Parteiprogrammen trotz gewisser Überlappung nicht zu verwechseln: „Das Parteiprogramm findet man auch im Wahlprogramm der Partei wieder. Anders als das Parteiprogramm gibt das Wahlprogramm Auskunft darüber, wie eine Partei aktuelle politische Fragen bearbeiten will.“ (Schneider und Toyka-Seid 2025). Däubler (2012, S. 333) betont forschungsbezogen: „Wahlprogramme spielen eine wichtige Rolle, sowohl in der Praxis der repräsentativen Demokratie als auch in der politikwissenschaftlichen Forschung. Es gibt allerdings nur wenige Arbeiten zur Frage, wie Parteien Wahlprogramme formulieren.“ In der empirischen Analyse kommt Däubler zum Ergebnis, dass zwar die prinzipielle Vorgehensweise bei der Entstehung von Wahlprogrammen bei verschiedenen Parteien ähnlich ist, aber sich der Grad der Mitgliederbeteiligung deutlich unterscheidet. Die Endversionen der Wahlprogramme entstehen in der Regel erst nach Parteitag, die oft noch deutliche Erweiterungen (Däubler 2012, S. 348) zu den Wahlprogrammmentwürfen erfahren. Letzteres konnte bei der hier vorliegenden Analyse beobachtet werden, wo sich z. B. das Wahlprogramm der deutschen Grünen von 72 auf 160 Seiten mehr als verdoppelte, während das Programm der CDU/CSU unverändert blieb. Außerordentlich war der Beteiligungsprozess der SPÖ in den 1960er und 1970er-Jahren (vgl. Bisovsky 1991), wo rund 1400 Expertinnen und Experten daran beteiligt wurden, sechs Programme zum Thema Bildung zu entwickeln (Dolezal et al. 2012, S. 877). Dabei entstand ein eigenes Unterprogramm speziell für die Erwachsenenbildung (SPÖ 1969).

Nach der Wahl fungieren die Programme als Grundlage für Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen sowie Koalitionsverträge und Regierungsprogramme. Zwar weicht das spätere Regieren von der Programmatik wegen aktueller Ereignisse, personeller Veränderungen oder „Wahlversprechen“ z. T. erheblich ab, aber empirische Untersuchungen sehen eine Prägung des Regierungshandelns durch die Programmatik (vgl. Däubler 2012, S. 334). Parteien vertreten weltanschauliche Normen, Werte und sie haben Ziele, welche sie zukünftig realisieren möchten. Diese stehen in einem Parteiprogramm, welches von den Mitgliedern einer Partei auf Parteitagen beschlossen wird. Dies dient den Parteimitgliedern, aber auch anderen Menschen als Chance, um sich über die Positionen und Pläne einer Partei zu informieren. Eine Partei will normativ mit einem Programm vor allem Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen und Wahlentscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen. Es wird nicht erwartet, dass alle Wählenden ein Wahlprogramm lesen (Dolezal et al. 2012, S. 884), sondern der Transfer eher über Medien und Bildungseinrichtungen, über Parteiangehörige sowie die politischen Gegenseiten erfolgt. Wahlprogramme der Parteien stehen in Konkurrenz zueinander, aber es können auch Schnittmengen zwischen Koalitionspartnern sichtbar werden (Launhardt 2009). Dolezal et al. (2012) stellen in einer Langzeitanalyse für Programme in Österreich zwischen 1945 und 2008 deutliche Unterschiede im Vorgehen zwischen den Parteien fest, die sie mit den Parteiideologien, -organisationen und der Position in Regierung oder Opposition verbinden, wobei die letztgenannten Faktoren am einflussreichsten seien.

Kloubert und Scheidig (2013) sowie Scheidig und Kloubert (2017, 2021) haben sich in der Weiterbildungsforschung in einer Serie von Artikeln mit deutschen Wahlprogrammen und dem Lernen Erwachsener befasst. Sie diskutieren kritisch die Aussagekraft von Wahlprogrammen aus fachwissenschaftlicher Perspektive:

„Dass bildungspolitische Aussagen oftmals plakativ, Feststellungen banal und Forderungen unspezifisch sind und nur wenige konkrete Vorhaben benannt werden, dürfte dem Genre Wahlprogramm geschuldet sein, das im Sinne der erhofften Rezeption wohl per se zu gewisser Vagheit tendiert und insofern fachlichen Leseinteressen nicht entsprechen kann.“ (Kloubert und Scheidig 2013, Scheidig und Kloubert 2017, 2021 S. 40).

Gleichwohl sehen sie Chancen und Anschlussperspektiven:

„Ungeachtet der zu bedauernden Vagheit und Engführung erlauben die Wahlprogramme hin sichtlich der Partei-Positionierungen zu Fragen und Perspektiven der Erwachsenenbildung erste Einschätzungen, bildungspolitische Einordnungen und einen Parteienvergleich, da themenspezifische Unterschiede und Gemeinsamkeiten, geteilte und divergierende Vorstellungen hervortreten.“ (ebenda).

Die Analyse fokussiert überwiegend – jedoch nicht ausschließlich – auf das, was in der englischen Sprache als *Politics* (vgl. Rohe 1994) bezeichnet wird. Probleme und Ziele sind bei Policy definiert und es werden Wege aufgezeigt wie die Probleme gelöst sowie Ziele erreicht werden können. *Politics* ist dagegen eine prozess- und oft konfliktreiche Dimension, die teilweise der Policy vorgelagert ist oder sie aber auch begleitet. Hier wird u. a. noch stärker im politischen Wettbewerb und Wahlkampf zwischen Parteien über Probleme, Ziele und Wege gestritten, um Wählerinnen und Wähler zu überzeugen. Es werden in diesem Artikel die programmatischen Aussagen („Politics“) der verschiedenen Parteien inhaltsanalytisch vertiefend untersucht, wenngleich das, wie z. B. bei der Bildungskarenz, auch schon in *Policies* übergreift.

3 Konzeption der Untersuchung und methodisches Vorgehen

Der Hauptfokus des Beitrags liegt auf der beruflichen Weiterbildung und dies im Vergleich zwischen Deutschland und Österreich. Österreich und Deutschland wurden als relativ ähnliche Fälle ausgewählt, um die empirische Basis der Wahlprogramm-analyse zu erweitern und weil es geographische Nachbarn sind, die eng miteinander verflochten sind. Dies hat dazu geführt, dass beide Nationen und Bevölkerungen neben einer prinzipiell gemeinsamen Sprache auch zentrale politische, soziale und kulturelle Strukturen teilen. Gleichzeitig existieren jedoch auch erhebliche Unterschiede, sodass in Bezug auf die Weiterbildungspolitik wechselseitig Impulse aus dem jeweils anderen Land diskutiert werden (Leber et al. 2022; Gruber und Lenz 2023, S. 61). Zumeist wird aber – zumindest in der letzten Dekade – vor allem von Deutschland in Richtung Österreich als Vorbild in Weiterbildungsfragen geblickt und seltener vice versa.

Die berufliche Weiterbildung ist relativ intensiv in Wahlprogrammen zu finden, da seit Jahren auf Bundesebenen in solchen Programmen berufliche Weiterbildung fokussiert wird:

„Wie bereits in den Programmen zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 überwiegt erneut ein funktionales Bildungsverständnis unter Akzentuierung eines qualifikatorischen Imperativs. Obschon auch die Dimension der Persönlichkeitsentfaltung, etwa durch kulturelle und politische Bildung, oder die Gesundheits- und Umweltbildung in variierender Ausprägung in den Wahlprogrammen auftauchen, erfährt die allgemeine Erwachsenenbildung weniger Aufmerksamkeit als der der erwachsenen Bevölkerung zugeschriebene berufliche Bildungsbedarf.“ (Scheidig und Kloubert 2021, S. 35).

Die Bedeutungen von allgemeiner, nicht-beruflicher Weiterbildung und Erwachsenenbildung lässt sich wegen der primären Zuständigkeit der Länder oder Kommunen besser auf Landes- oder gar Kommunalebene untersuchen.

Der Beitrag wird primär qualitativ und sekundär quantitativ inhaltsorientiert analysieren, wie in zwei deutschsprachigen Nationen aktuell berufliche Weiterbildung in Wahlprogrammen auf Bundesebene behandelt wurde. Dazu werden Programme von Parteien in Deutschland (AfD, BSW, B90/Grüne, CDU, FDP, Die LINKE, SPD) und Österreich (FPÖ, Grüne, KPÖ, Neos, ÖVP, SPÖ) für die Jahre 2024 und 2025 verglichen. Orientiert man sich an der Zusammensetzung von Fraktionen im Europaparlament, gehören viele Parteien jeweils zu gemeinsamen Parteienfamilien: CDU/CSU und ÖVP, SPD und SPÖ, Die LINKE und KPÖ, Neos und FDP sowie B90/Grüne und Gruene.at. Das BSW ist im Europaparlament fraktionslos. AfD und FPÖ gehörten bis 2024 einer Fraktion an, bis die AfD ausgeschlossen wurde und es zu mehreren rechtsradikalen Neugründungen kam. Die Zugehörigkeit zu einer Parteienfamilie soll insgesamt nicht bedeuten, dass es keine Unterschiede zwischen den jeweiligen Parteien geben würde. Bezogen auf die Weiterbildung wird sich dies im Artikel vor allem beim Vergleich von KPÖ und Die LINKE zeigen.

Alle Wahlprogramme wurden über die Internetseiten der jeweiligen Parteien abgerufen². Erschwerend ist für die deutsche Situation bzw. die deutschen Parteien zu bedenken, dass die Wahlen 2025 relativ kurzfristig vorverlegt wurden auf Frühjahr statt Herbst 2025. So blieb den deutschen Parteien deutlich weniger Zeit als bei der letzten Bundestagswahl, um die Wahlprogramme zu erstellen.

Im ersten Zugang wurde methodisch mit den Suchbegriffen „Weiterbildung“, „Fortbildung“, „Bildung“ und „Erwachsenenbildung“ nach Fundstellen in den Programmen gesucht. Bei diesen Begriffen ist zu bedenken, dass in Deutschland und Österreich partiell durchaus unterschiedliche Begriffsverständnisse bzw. -traditionen existieren (vgl. Holzer 2025). Beispielsweise existiert in Österreich eine Tendenz, Erwachsenenbildung als Oberbegriff zu begreifen, während dies in Deutschland oft eher für den Weiterbildungsbegriff gilt. Die empirische Analyse der Programme wird jedoch zeigen, dass in beiden Ländern zumindest in den Wahlprogrammen dominant von Weiterbildung und eher selten von Erwachsenenbildung gesprochen wird.

² Siehe auch hier in der Übersicht für Deutschland: <https://www.bundestagswahl-bw.de/bundestagswahlwahlprogramme>. Zugegriffen: 28.11.2025.

Bei der Interpretation in diesem Artikel wird jedoch reflektiert, dass die deutsche Sprache in Deutschland und Österreich different verwendet wird.

Die entsprechenden Fundstellen wurden gesichtet und extrahiert, wobei kontextbezogen geprüft wurde, ob sich weitere Ausführungen an die Fundstelle anschließen, wo sich aber keine dieser Suchbegriffe finden, sondern andere Begriffe wie „Maßnahme“, „Integrationskurs“ oder „Qualifizierung“ ggf. Verwendung finden. Die quantitative Analyse begrenzt sich zwar lediglich auf eine Häufigkeitsanalyse bei der Begriffsverwendung in Bezug auf Weiterbildung, während der Qualifizierungsbegriff in den Programmen oft eher in Bezug auf Ausbildung verwendet wird. Im Mittelpunkt der qualitativen Analyse stehen dagegen Begriffe, die nicht unmittelbar als Weiterbildungsbegriffe zu erkennen sind.

Aus dem Call for Papers der ZfW – Zeitschrift für Weiterbildungsforschung³ wurden im zweiten Schritt folgende, leicht adaptierte Analysekategorien deduktiv für Kodierungen am Material genutzt:

- Das Verhältnis von Weiterbildung und Arbeit
- Das Verhältnis von Weiterbildung und Sorgearbeit
- Das Verhältnis von Weiterbildung und Beruf
- Zielgruppen der Weiterbildung
- Anbieter von Weiterbildung
- Teilbereiche der Weiterbildung
- Weiterbildung im Lebenslauf

Neben diesen deduktiven Kategorien wurde drittens induktiv am Material selbst aus den verschiedenen Wahlprogrammen erschlossen, wie berufliche Weiterbildung in den Wahlprogrammen thematisiert wird. Dies traf z. B. für die Bildungskarenz zu, die in Österreich öfters Thema in den Wahlprogrammen, aber nicht eindeutig einer der obigen Analysekategorie zuordenbar war. Auch in den deutschen Wahlprogrammen wurden verschiedene Instrumente der Weiterbildungsförderung erwähnt und somit als induktiv gewonnene Kategorie „Förderinstrumente“ ergänzt.

Die Analyse ist an der Inhaltsanalyse nach Mayring orientiert. Mayring (2001) argumentiert für ein primär qualitatives Vorgehen, das quantitative Elemente mit einbeziehen kann. Dabei wird seinem Triangulationsmodell gefolgt, um die Forschungsfrage dieses Aufsatzes aus mehreren Blickwinkeln mit unterschiedlichen Methoden anzugehen. Es geht nicht darum, festzustellen, welcher Analyseansatz die richtigen oder besseren Ergebnisse erbringt. Die Resultate sollen sich vielmehr gegenseitig unterstützen, die Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der Einzelergebnisse stellen die Endergebnisse dar (vgl. Mayring 2001), wozu die vergleichende Perspektive beiträgt. Dazu später mehr im Rahmen der Ergebnisdarstellung und Methodenreflexion im Artikel.

³ Issue 03/2025: *Weiterbildung im Kontext von Arbeit*. CfP Weiterbildung im Kontext von Arbeit/Adult Education in the Context of Work | Zeitschrift für Weiterbildungsforschung. Zugriffen: 02.01.2025.

Tab. 1 Quantitative Auszählung der Begriffe „Weiterbildung“, „Fortbildung“ und „Erwachsenenbildung“ (eigene Datenaufbereitung, Quelle: Finale Wahlprogramme 2024)

	„Weiterbildung“ oder „Fortbildung“	„Erwachsenenbildung“	Summe
Grünen	10	5	15
SPÖ	11	1	12
ÖVP	2	2	4
Neos	2	1	3
FPÖ	1	0	1
KPÖ	0	0	0
Summe	26	9	35

4 Ergebnisse

4.1 Quantitative Ergebnisse

4.1.1 Quantitative Häufigkeitsanalyse für Österreich

Rein quantitativ fällt zunächst auf, dass Erwachsenenbildung (9×) von den österreichischen Parteien als Begriff selten verwendet wird. Weiterbildung (24×) kommt am häufigsten und Fortbildung (2) am seltensten vor. Dabei fallen gravierende Unterschiede auf zwischen den Parteien in der kumulierten Häufigkeit der Bezugnahme auf einen der drei Begriffe (Tab. 1).

Zwei Parteien erwähnen diese drei Begriffe fast nicht (FPÖ) oder sogar gar nicht (KPÖ). Die FPÖ hat nur eine Stelle, wo lebenslange Weiterbildung eher als eine Aufforderung an mit veralteten Methoden unterrichtende Lehrende formuliert und auf die berufliche Weiterbildung von schulischen Lehrkräften reduziert wird (FPÖ 2024, S. 85). Die KPÖ könnte dagegen vielleicht an manche kommunistischen Traditionen der Vergangenheit anschließen, wo es zum Beispiel starke Widerstände der revolutionären Arbeiterbewegung gegen Volkshochschulgründungen gab, da diese nur den Klassenkampf abschwächen würden (vgl. Meier 1971, S. 143 ff.). Es müsste jedoch näher untersucht werden, wodurch das Schweigen der KPÖ zum Thema Erwachsenenbildung begründet ist. Diese Leerstelle ist auffallend.

Insofern ist es interessant, dass es in Österreich den politischen Extremen sowohl der Rechten als auch der Linken schwerfällt, sich zu Erwachsenen-/Weiterbildung explizit zu positionieren. Die konservative ÖVP und die liberalen Neos äußern sich selten zu Weiterbildungsthemen, während SPÖ und Grüne es oft tun. Das Rechts-Links-Spektrum funktioniert partiell als Erklärungshilfe, welche Parteien sich wie oft mit Erwachsenen-/Weiterbildung befassen, wobei die KPÖ dieses Schema durchbricht. Erstaunen kann aber, dass eine liberale Kraft wie die Neos wenig zu Erwachsenen-/Weiterbildung zu sagen hat, wenngleich zumindest die beruflich-betriebliche Weiterbildung Liberale mit ihrer Wirtschaftsorientierung durchaus interessieren sollte.

Die oftmals eher ökonomisch konnotierten Begriffe Weiterbildung (24 Nennungen) bzw. Fortbildung (2 Nennungen) dominieren zusammen über den Begriff der Erwachsenenbildung (9 Nennungen), was eine berufliche Fokussierung vermuten

lässt. Dem Vergleich mit Deutschland vorgehend sei erwähnt, dass in Österreich Erwachsenenbildung als Begriff häufiger auftaucht, was in Deutschland allein in dem Programm Die LINKE der Fall ist. Dies deckt sich partiell für Österreich mit Begriffserörterungen, dass Erwachsenenbildung als eine Art Oberbegriff in Österreich verstanden wird (vgl. Holzer 2025).

Schwierig zu deuten ist die häufige geringe oder Nicht-Bezugnahme auf Erwachsenen-/Weiterbildung von der Mehrzahl der Parteien mit ÖVP, Neos, FPÖ und KPÖ. Es könnte interpretiert werden als ein generelles Desinteresse. Oder es könnte auch so interpretiert werden, dass bei der Erwachsenen-/Weiterbildung keine Notwendigkeit für staatliche Regulierung gesehen wird, sondern die bereits vorhandenen Strukturen implizit als funktionierend eingestuft werden. Mit Blick auf den Föderalismus könnte man keinen Handlungsbedarf oder keine Zuständigkeit auf Bundesebene sehen. Schließlich könnte es bedeuten, dass man vorhandene staatliche Mitverantwortung für die Erwachsenen-/Weiterbildung reduzieren, aber dies nicht offen thematisieren will. Welche der Interpretationen zutreffend ist, kann auf Basis der Leerstellen in den Wahlprogrammen einiger Parteien nicht geschlussfolgert werden. Hierzu wären andere Methoden wie Interviews/Befragungen oder weitere Dokumentenanalysen notwendig. Auffällig bleibt summierend die geringe Beschäftigung mit Erwachsenen-/Weiterbildung durch vier der sechs größten Parteien in Österreich.

Es lässt sich festhalten, dass bei der quantitativen Häufigkeit der Bezugnahmen auf Erwachsenen-/Weiterbildung deutliche Differenzen zwischen vielen österreichischen Parteien bestehen. Grüne und SPÖ gehen auf diese oft ein, was für die anderen Parteien nicht bis eher nicht gilt. Das Rechts-Links-Schema trägt partiell als Trennlinie, wobei die KPÖ dies jedoch durchbricht und durch ihre geringe Bezugnahme quasi erwartungswidrig auffällt.

4.1.2 Quantitative Häufigkeitsanalyse für Deutschland

Quantitativ zeigt sich für Deutschland, dass der Erwachsenenbildungsbegriff sehr selten verwendet wird. Ohne die Partei Die LINKE wäre er gar nicht existent in allen Wahlprogrammen. Des Weiteren ist zu erkennen, dass erneut das Rechts-

Tab. 2 Quantitative Auszählung der Begriffe „Weiterbildung“, „Fortbildung“ und „Erwachsenenbildung“ (eigene Datenaufbereitung, Quelle: Finale Wahlprogramme 2025)

	„Weiterbildung“ oder „Fortbildung“	„Erwachsenenbildung“	Summe
Die LINKE	17	2	19
B90/Grünen	17	0	17
SPD	13	0	13
FDP	10	0	10
CDU/CSU	5	0	5
BSW	3	0	3
AfD	2	0	2
Summe	63	2	65

Links-Spektrum relativ gut funktioniert, da „linke“ Parteien sich häufiger und rechte Parteien seltener zu Weiterbildung äußern (Tab. 2).

In dieses Schema passt in Deutschland auch die LINKE – anders als die KPÖ in Österreich. Wenngleich eine Partei mehr als in Österreich im Sample ist, fällt auf, dass sich die deutschen Parteien fast doppelt so häufig zu Weiterbildung und/oder Fortbildung äußern. Einschränkend ist zu erwähnen, dass dieser Unterschied im Ländervergleich fast allein auf die Differenz zwischen LINKE (intensive Bezugnahme) und KPÖ (keine Bezugnahme) zurückzuführen ist, während die anderen Parteien in den Parteifamilien vergleichbar oft Weiterbildungsbegriffe verwenden. Erwachsenenbildung ist dagegen – anders als in Österreich – fast kein Begriffsbezug. Der Fortbildungsbegriff wird häufiger als in Österreich genutzt, was dem deutschen Berufsbildungsgesetz geschuldet sein könnte.

Erneut zeigen sich frappierende Unterschiede darin, wie oft auf die drei Weiterbildungsbegriffe Bezug genommen wird. Wie in Österreich ist es erneut schwierig zu interpretieren, was geringe Bezugnahmen genau bedeuten bzw. wie sie zu erklären sind.

4.2 Vergleichend-quantitative Analyse von Wahlkampfprogrammen in Deutschland und in Österreich

Bei dem Vergleich der sechs Parteienfamilien⁴ fallen viele Ähnlichkeiten auf (Abb. 1).

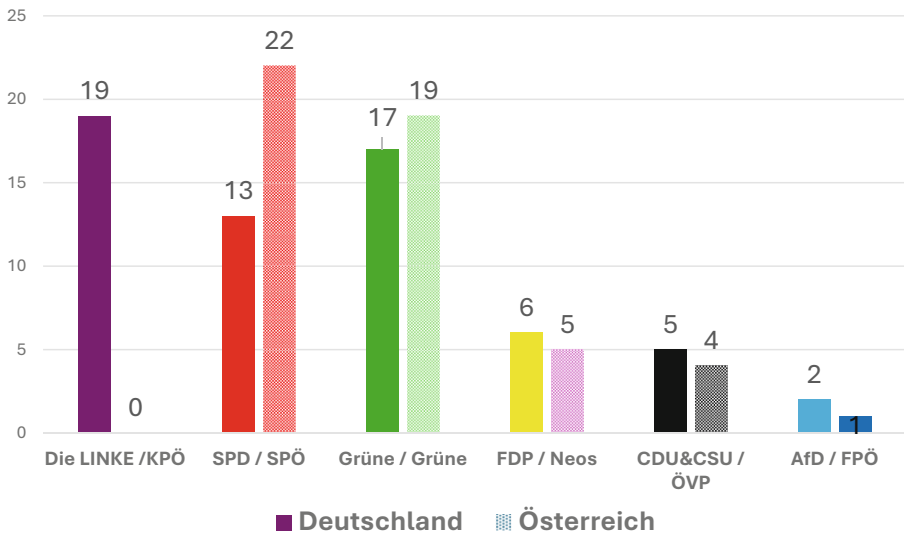


Abb. 1 Zahl der kumulierten Nennungen von „Erwachsenenbildung“, „Fortbildung“ und „Weiterbildung“ in den Wahlkampfprogrammen von Parteien zur Wahl auf Bundesebene in Deutschland 2025 und in Österreich 2024 (Stand: 16.07.2025)

⁴ Die AfD und FPÖ sind in einer Parteienfamilie versammelt, weil sie das im Europaparlament auch bis 2024 waren. Wenngleich dies heute nicht mehr der Fall ist, so fallen bei dem Blick in die Wahlprogramme

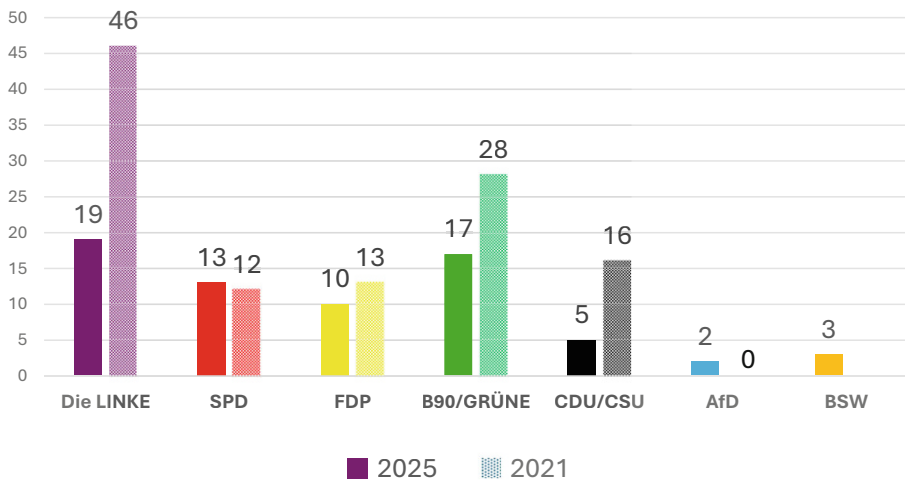


Abb. 2 Kumulierte Zahl der Nennung von „Fortbildung“, „Weiterbildung“ und „Erwachsenenbildung“ in den Wahlprogrammen von deutschen Parteien zu den Bundestagswahlen 2021 und 2025 (Stand: 16.07.2025)

In den fünf Parteifamilien der Grünen, Liberalen, Konservativen und Rechtsextremen finden sich jeweils relativ ähnlich häufige Nennungen von Weiterbildungsthemen in den Programmen. Die Rangfolge der Parteien bei der Zahl der Nennungen ist identisch. SPÖ und SPD sind etwas different, weil die SPÖ sich mehr für Weiterbildung interessiert, aber die SPD rangiert nur knapp hinter den deutschen B90/Grünen auf Platz zwei. Lediglich die Nennungen bei KPÖ und Die LINKE sind frappierend different. Während die KPÖ sich überhaupt nicht für Weiterbildung interessiert, ist das bei der Partei Die LINKEN diametral anders. Übergreifend fallen jedoch die starken Ähnlichkeiten bei den Parteifamilien auf.

Für die deutschen Wahlkampfprogramme sei noch ergänzt, dass die Nennung der Weiterbildung in den Programmen fast immer seltener wurde (Abb. 2).

Lediglich die SPD und die AfD – letztere auf sehr, sehr niedrigem Niveau – konnten ihre Nennungen von Weiterbildungsbegriffen steigern, während der Rückgang bei der Partei Die LINKEN und der CDU/CSU eklatant ist. Dies alles könnte dem deutlich verkürzten Wahlkampf durch die vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 2025 statt im Herbst 2025 geschuldet sein. Oder es könnte ein Anhaltspunkt dafür sein, dass angesichts Themen mit Konjunktur, wie Integration/Migration sowie Ver-

„Festung Österreich“ (FPÖ) und „Zeit für Deutschland“ (AfD) doch weiterhin viele Ähnlichkeiten auf. Die FPÖ verwendet sogar häufiger als die AfD den Begriff der Remigration als Forderung. Für die FPÖ mag man diskutieren, ob es sich um eine rechtsextreme oder nur rechtspopulistische Partei handelt. Angesichts des Programmtitels „Festung Österreich“ und der häufigen Verwendung von Remigration oder Programmzwischenüberschriften wie „Verteidigung unserer Abendländischen Werte – Kampf dem politischen Islam“ erscheint diese Charakterisierung vertretbar. Einschlägige wissenschaftliche Berichte kommen mit dem Blick auf die rechtsextreme Nähe der FPÖ zur Einschätzung: „Ein Regierungseintritt könnte, sofern die Partei auch dann am Kurs des Schulterchlusses mit dem außerparlamentarischen Rechtsextremismus festhält, zu einer weiteren Verbreitung und Normalisierung von dessen Positionen und damit letztlich auch der Träger*innen dieser Positionen beitragen.“ (DÖW 2025, S. 186).

teidigung, das Interesse für quasi „Nischenthemen“ wie Weiterbildung sinkt. Mit Blick auf Lobbyarbeit für Weiterbildung könnte dieser Befund alarmieren und die Aufmerksamkeit auf ein genaues Studium der Sondierungspapiere und des Koalitionsvertrags lenken, um zu prüfen, ob die Bedeutungsabnahme sich fortsetzt.

Mit Blick auf die übergreifende Forschungsfrage („Wie ähnlich oder unterschiedlich äußern sich in Wahlprogrammen deutsche und österreichische Parteien zu beruflicher Weiterbildung?“) lassen sich markante Unterschiede in der Häufigkeit der Bezugnahme auf Erwachsenen-/Weiterbildung feststellen, wobei das Links-Rechts-Schema als Orientierungshilfe und Erklärungsansatz greift bis auf die Ausnahme der KPÖ. Unterschiede bestehen zwischen Deutschland und Österreich, aber die Ähnlichkeiten sind mindestens genauso groß oder sogar größer. Zentral scheint quantitativ die Konkurrenz zwischen den Parteien darin zu bestehen, ob man sich überhaupt mit Erwachsenen-/Weiterbildung befasst oder eher kaum bis gar nicht. Im folgenden Kapitel wird geprüft, wie die vorhandenen Aussagen sich qualitativ interpretieren lassen. Allerdings wird die Herausforderung bestehen, dass bei einigen Parteien sich wenige Aussagen finden lassen, sodass sich die Erkenntnis einer doch häufig anzutreffenden, relativen schlechten Sichtbarkeit bis sogar Ignoranz in Bezug auf Erwachsenen-/Weiterbildung als Zwischenfazit festhalten lässt. Die quantitativen Ergebnisse führen zu dem Zwischenergebnis, dass oft nicht über das Wie der Steuerung der Erwachsenen-/Weiterbildung politisch gestritten wird, sondern eher, ob die Erwachsenen-/Weiterbildung überhaupt öffentlich/politisch gesteuert werden sollte bzw. ob man sich dazu eher ausschweigt. Es stellt sich quantitativ ein politischer Diskurs dar, wo einige rege sprechen und andere fast nur schweigen. Allerdings ist zu bedenken, dass bloße Häufigkeitsanalysen trügerisch sein könnten, da hinter einer singulären Erwähnung ein großes Konzept und hinter häufigen Nennungen lediglich Slogans stehen könnten, was qualitativ zu prüfen ist.

4.3 Qualitative Ergebnisse

4.3.1 Analyse Österreich

In Österreich zeigt sich erstens an dem bestehenden Förderinstrument der Bildungskarenz⁵ eine deutliche, politische Debatte in den Wahlprogrammen mit differenten Entwicklungsperspektiven. Während Neos und ÖVP kritisch für Fokussierungen bzw. Begrenzungen waren:

- „Treffsicherer Zugang zur Fortbildung – Bildungskarenz für echte berufliche Fort- und Weiterentwicklung reservieren“ (Neos, S. 12)
- „Reform der Bildungskarenz, höhere Leistungsanforderungen und damit Eindämmung der hohen Kosten der Bildungskarenz.“ (ÖVP, S. 58)

⁵ Hier handelte es sich kurzgefasst um eine Bildungsfreistellungsregelung für Arbeitsnehmende auf Bundesebene für u. a. Weiterbildungsteilnahmen, die für zwei bis zwölf Monate beantragt und mit einem Weiterbildungsgeld für den Unterhalt zusätzlich unterstützt wurde. 2025 wurde diese Förderung (siehe auch Bittschi et al. 2023) abgeschafft, aber 2026 soll nach einer Übergangsregelung ein neues Modell folgen.

signalisierten Grüne und SPÖ Offenheit für einen weiteren Ausbau/Bündelung der Bildungskarenz:

- „Wir engagieren uns, damit die soziale Absicherung für Menschen in Bildungskarenz und Bildungsteilzeit besser wird und Investitionen in Weiterbildung auch für Menschen mit geringem Einkommen attraktiver werden.“ (Gruene-AT, S. 44)
- „Die bestehenden Systeme zur beruflichen Weiterbildung wie Fachkräftestipendium, Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Studienabschluss-Stipendium sollen zu einem neuen ‚Qualifizierungsgeld‘ umgestaltet werden – als zweite Ausbildungschance für alle.“ (SPÖ, S. 25)

FPÖ und KPÖ äußerten sich gar nicht zur Bildungskarenz, was Interpretationsspielräume eröffnet. Bei den gescheiterten Koalitionsverhandlungen von FPÖ und ÖVP im Frühjahr 2025 plädierten beide Parteien jedoch für eine ersatzlose Abschaffung der Bildungskarenz. Dies legt nahe, dass Nicht-Thematisierung in Wahlprogrammen tendenziell eine negative Haltung gegenüber öffentlichen Weiterbildungsregelungen bedeuten könnte, wie es sich bei der FPÖ herausstellte.

Generell fällt zweitens auf, dass SPÖ und Grüne in den Wahlprogrammen oft Vorschläge in Richtung einer stärkeren Strukturbildung bei der Erwachsenen-/Weiterbildung machen. Dies reicht von dem Vorschlag einer „zukunftsfähigen Fachkräftestrategie“ und „Bundesagentur für Qualifizierung“⁶ (SPÖ, S. 54) über „Maßnahmenpakete für Weiterbildungen für Selbstständige“ (Gruene-AT, S. 47) oder den „Aufbau eines flächendeckenden Angebots für Deutsch als Zweitsprache“ (Gruene-AT, S. 25). Die Neos sind klassisch neoliberaler Logik folgend allein für eine individuelle Förderung durch „ein Bildungskonto für individuelle Weiterbildung“ (Neos, S. 12). Die ÖVP und die FPÖ halten sich dagegen bedeckt und denken nur partikular an „qualitativ hochwertige Fort- und Weiterbildungsangebote, die auch für Personen mit Betreuungspflichten leicht zugänglich sind“ (ÖVP, S. 56) oder „LEBENSLANGE WEITERBILDUNG FÜR LEHRER“ (FPÖ, S. 85). Die Formulierung der ÖVP greift dabei als einzige Partei Sorgearbeit thematisch auf, während die anderen Parteien Weiterbildung im Kontext zumeist eher klassischer, beruflicher Erwerbsarbeit thematisieren. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass die ÖVP ein traditionelles Familienbild im Blick haben könnte, demnach eher Frauen die Sorgearbeit übernehmen sollen.

Insgesamt wird eine politische Debatten- und Konfliktlinie deutlich, wo es einmal eher in Richtung universelle Angebote für möglichst alle und einmal um eher partikulare Angebote für Teilgruppen geht. Die Ansprache der FPÖ an die Lehrkräfte hat im weiteren Text zudem den Unterton, das Lehrkräfte von der FPÖ eher im Sinne einer Weiterbildungspflicht gefordert werden, damit sie den Lernenden zeitgemäße Lernerlebnisse anbieten.

Schließlich fallen bei der Analyse drittens einige Leerstellen auf, wo sich alle Parteien ausschweigen. So wird von keiner Partei Erwachsenen-/Weiterbildung als

⁶ Beides erinnert an Vorschläge bzw. Praktiken wie die Nationale Weiterbildungsstrategie in Deutschland, d.h. es ist hier auch ein binationaler Austausch zu beobachten. So war Anfang 2023 die österreichische Bildungskarenz für einen deutschen, letztlich gescheiterten Referentenentwurf für eine Bildungszeit auf Bundesebene.

ein eigenes berufliches Feld intensiv diskutiert, wo man sich ggf. um attraktive Arbeitsplätze und eine positive Branchenentwicklung der Erwachsenen-/Weiterbildung bemühen könnte. Solche Vorschläge für bestimmte Berufe und Branchen (z. B. Landwirtschaft, Filmwirtschaft) enthalten die Wahlprogramme ansonsten aber durchaus. Allenfalls die „Konferenz der Erwachsenenbildung“ (KEBÖ) wird von den Grüne-AT (S. 97) kurz gestreift. Sie solle „gestärkt und autonom werden“. Das Weiterbildungspersonal selbst scheint für keine der Parteien eine Wählerinnen- und Wählergruppe von größerer Relevanz zu sein, obwohl hier viele Menschen ähnlich häufig wie in der Land- oder Filmwirtschaft arbeiten.

4.3.2 *Analyse Deutschland*

In den deutschen Programmen findet sich erstens kein gemeinsames Thema wie die Bildungskarenz, was ähnlich von vielen Parteien und offen kontrovers adressiert würde. Ansatzweise ist dies allein bei Integrationskursen zu erkennen, wenngleich diese nicht explizit als Weiterbildungsthema diskutiert werden und nicht unbedingt dem Untersuchungsfokus der beruflichen Weiterbildung dieses Artikels zuzuordnen sind. SPD, B90/Grünen sowie die LINKEN zeigen erwartungsgemäß mehr Offenheit für Integrationskurse als CDU/CSU oder FDP. Die AfD (S. 109) fordert, dass die „Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z. B. abgebrochene Sprachkurse) zurückzuerstatten“ seien und generell die Zuwanderung reduziert werden sollte.

Ansonsten wiederholt sich partiell zweitens ein schon geschildertes Analysemuster aus Österreich. SPD, B90/Grüne, FDP sowie die LINKEN machen in den Wahlprogrammen öfters Vorschläge, die in Richtung einer stärkeren Strukturbildung bei der Erwachsenen-/Weiterbildung gehen, während BSW und AfD dazu eher schweigen. Einige Beispiele:

- „Unser Ziel ist ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen.“ (SPD, S. 11)
- „Eine gesetzlich geregelte Freistellung von Beschäftigten sollte es für verschiedene Weiterbildungen und nicht nur für berufliche Weiterbildungen geben.“ (Die LINKE, S. 40)
- „Ein persönliches Freiraumkonto soll das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglichen.“ (FDP, S. 9)

Bei der CDU/CSU sowie B90/Grünen wird dagegen tendenziell konservativ am Status Quo festgehalten bzw. dieser allein angepasst/intensiviert:

- CDU/CSU: „Veränderungen im Berufsbild erkennen. Die erforderlichen Fähigkeiten in einem Beruf wandeln sich. Deshalb prüfen wir regelmäßig die Aus- und Fortbildungsordnungen und passen sie an.“ (CDU/CSU, S. 65) sowie auf S. 67 „Gerade im Handwerk braucht Deutschland Fachkräfte. Das hohe Tempo des Fortschritts erhöht die Taktung von erforderlichen Fortbildungen. Wir unterstützen Fachkräfte noch stärker in ihren Fortbildungsaktivitäten.“

- „Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen. Veränderungen in allen Berufsfeldern machen Fort- und Weiterbildungen auch abseits der klassischen Bildungswege unverzichtbar.“ (B90/Grüne, S. 80)

Es zeigt sich ein Kontinuum von neuer Strukturbildung, Strukturerehalt/-ausbau bis zum Fehlen von Aussagen. Die Parteien machen verschiedene Angebote und die Wählerinnen und Wähler müssen sich entscheiden, ob eher Bildungszeiten, Bildungsrechte oder direkte/individuelle Finanzierung ihnen wichtig sind. Die Universalität versus Partikularität ziehen sich durch die Angebote, die sich entweder an alle Bürgerinnen und Bürger bzw. Beschäftigte oder lediglich an bestimmte Teilgruppen wenden. Insgesamt zeigen sich Debatten und ein Wettbewerb der Parteien um Strukturideen in Bezug auf berufliche Weiterbildung, wenngleich man sich aus Fachperspektive sicherlich noch mehr Konkretisierung gewünscht hätte. Weniger Vagheit insofern, weil zum Beispiel ein Recht auf Weiterbildung leicht gefordert sein mag, aber wenn nicht näher erläutert wird, was genau man sich darunter zeitlich oder finanziell vorstellen kann, es eher metaphorisch bleiben könnte.

Drittens adressiert kaum eine Partei das Weiterbildungspersonal oder die Weiterbildungsbranche selbst. Allein das BSW greift das sogenannte „Herrenberg-Urteil“⁷ auf: „Wir streben eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens an, damit Musikschulen, Volkshochschulen und Unternehmen wieder rechtssicher und ohne Angst vor Nachzahlungen oder gar vor strafrechtlicher Verfolgung Selbstständige beauftragen können.“ (BSW, S. 25) Die LINKE (S. 40) will durch einen Tarifvertrag für alle Weiterbildungsbeschäftigten gute Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen bei Weiterbildungsträgern fördern. Die anderen Parteien adressieren dies nicht. Bei B90/Die Grünen wird Fortbildung öfters als Antidiskriminierungsmittel bei Berufsgruppen in Gesundheit, Justiz und Polizei angeführt: „Wir wollen zielgerichtete Fortbildungsangebote zur Steigerung der Diskriminierungssensibilität“ (B90/Grüne, S. 116). Ansonsten werden Arbeitslose, Erwerbstätige mit Behinderung, Öko-Landwirte und Psychotherapeut*innen als Beschäftigtengruppen explizit angesprochen. Insgesamt ist im Programm von B90/Grünen ein Zielgruppenansatz mit Abstand am deutlichsten erkennbar, was jedoch fast nicht auf die Weiterbildungsbeschäftigten selbst bezogen wird, was für fast alle anderen Parteien gilt.

4.3.3 Vergleich der qualitativen Analyse von Österreich und Deutschland

Insgesamt finden sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ Strukturähnlichkeiten bei den Wahlkampfprogrammen vieler Parteien in den beiden untersuchten Ländern. Das Verhältnis von Weiterbildung und Sorgearbeit bzw. Care-Arbeit (siehe auch Seegers 2024, S. 75–98) ist in beiden Ländern fast kein Thema. Weder

⁷ Das deutsche Bundessozialgericht hat am 28. Juni 2022 den Fall einer Klavierlehrerin an einer Musikschule in Herrenberg entschieden. Nach diesem Urteil wird eine Eingliederung dieser Lehrerin in den Betrieb der Musikschule auf Basis bestimmter Kriterien gesehen, sodass sie nicht selbstständig sei. Dieses Urteil hat bei der Deutschen Rentenversicherung zu einer veränderten Prüfung von Beschäftigungsverhältnissen hinsichtlich Scheinselbstständigkeit geführt, was auch die Weiterbildung betraf. 2025 hat der Deutsche Bundestag eine Gesetzesänderung beschlossen, sodass nun eine Übergangsregelung zur Sozialversicherungspflicht von Lehrkräften bis Ende 2026 gilt.

Sorgearbeit als Barriere bei der Weiterbildungsteilnahme vor allem bei Frauen noch als Weiterbildungsthema (z. B. Coping-Strategien bei Belastungen). Es dominiert jeweils ein eher traditioneller Begriff von beruflicher Erwerbsarbeit. Weiterbildung soll zumeist eher funktional die aktuellen Transformationsprozesse in der Wirtschaft unterstützen.

In Österreich spitzt sich die Debatte zwischen den Parteien auf die Bildungskarenz zu. Dazu äußern sich fast alle Parteien, jedoch deutlich divergierend. In Deutschland werden mit Ausnahme von BSW und AfD dagegen im Hinblick auf Bildungszeiten, Bildungsrechte bis zur Finanzierung verschiedene, konkurrierende Angebote zur Struktur der Weiterbildung durch die Parteien gemacht. Es ist ein Wettbewerb verschiedener Ideen zwischen den Parteien in Bezug auf berufliche Weiterbildung erkennbar.

Bei den Zielgruppen von beruflicher Weiterbildung werden viele Berufsgruppen genannt, was manchmal etwas partikular wirkt. Vor allem die grünen und linken Parteien thematisieren oft Inklusion und Benachteiligte. Auffällig ist ansonsten, dass Migrantinnen und Migranten in Bezug auf Weiterbildung überraschend wenig thematisiert werden.

Das professionelle Personal in der Erwachsenen-/Weiterbildung oder auch die Weiterbildungsanbieter werden in beiden Ländern und jeweils von nur wenigen Parteien (BSW, die LINKEN, die österreichischen Grünen) angesprochen.

Weiterbildung im Lebenslauf wird in beiden Ländern öfters als Motiv aufgegriffen. Das kann jedoch auch sloganförmig metaphorisch umschrieben sein, wie bei „Lebenslanges Flügelheben“ (Neos, S. 12) oder ein nicht näher erläutertes „Recht auf Weiterbildung“ (SPD, S. 11). Vagheit kennzeichnet jedoch oft Wahlkampfprogramme und ist auch in Bezug auf die Weiterbildung zu beobachten. Trotzdem ist dieser Einschätzung aus Analysen von Wahlkampfprogrammen zuzustimmen: „Ungeachtet der zu bedauernden Vagheit und Engführung erlauben die Wahlprogramme hinsichtlich der Partei-Positionierungen zu Fragen und Perspektiven der Erwachsenenbildung erste Einschätzungen, bildungspolitische Einordnungen und einen Parteienvergleich, da themenspezifische Unterschiede und Gemeinsamkeiten, geteilte und divergierende Vorstellungen hervortreten.“ (Scheidig und Kloubert 2017, S. 40) Es zeigen sich deutliche, weltanschauliche Unterschiede wie Erwachsenen-/Weiterbildung von den verschiedenen Parteien diskutiert wird, wobei die Programme von AfD und FPÖ negativ deswegen auffallen, weil Weiterbildung jeweils nahezu überhaupt kein Thema ist und wenn, dann eher in restriktiver und misstrauischer Art und Weise gegenüber ihrer Bedeutung. Sie wird nicht direkt attackiert, aber auffällig ignoriert durch Schweigen. Tendenziell äußern sich eher linke Parteien häufiger und eher rechte Parteien seltener zu Erwachsenen-/Weiterbildung. Liberale und Grüne sind dazwischen positioniert. Große Ausnahme ist die KPÖ, die überraschend nichts zu Weiterbildung artikuliert.

5 Ausblick, weiterer Forschungsbedarf und Methodenreflexion

Weiterer Forschungsbedarf besteht mit Blick auf ihre Entstehung, aber auch die Verbindung von Wahlkampfprogrammen mit sukzessiven Sondierungen und Koali-

tionsverhandlungen. Inwiefern übersetzen sich die Programme direkt in Koalitionsvereinbarungen, kaum oder nicht? Welche Akteurinnen und Akteure haben wann im Prozess darauf Einfluss? Wie entsteht ein Wahlkampfprogramm und wie kommen Passagen zu Weiterbildung in ein solches Programm? Hier müssten eher Interviews oder Umfragen durchgeführt werden. Weiterbildungsakteure könnten sondieren, ob sie sich selbst nicht mehr (partei-)politisch engagieren müssten.

Der Governance-Ansatz hat in der Weiterbildungsforschung bemerkenswerte Arbeiten und Analysen informiert und theoretisch gerahmt. Allerdings könnten damit auch entpolitisierende Tendenzen verbunden sein, da Steuerung wie ein Management der Weiterbildung fern von politischem Ideenwettbewerb wirkt. Vielleicht ist es an der Zeit, sich wieder mehr mit den großen, ideologischen Auseinandersetzungen über die großen Linien und Ziele wissenschaftlich zu befassen? Dies müsste sicherlich nicht allein auf der Basis von Wahlprogrammen passieren.

Bewährt hat sich in diesem Artikel, dass sowohl quantitative als auch qualitative Methoden zum Einsatz kamen, weil die Methoden Unterschiedliches ergaben, aber mit komplementären Ergebnissen durchaus das Bild vervollständigten. Weiter zu erforschen wäre z.B. mit Interviews, wie das Schweigen zu Erwachsenen-/Weiterbildung von doch einigen Parteien zu interpretieren ist. Praxisbezogen könnte dieses Schweigen darauf aufmerksam machen, dass Politik proaktiv zum Wahrnehmen und zum Reden über Weiterbildung aufgefordert werden muss, weil sie in der Konkurrenz mit anderen Bildungsbereichen (gerade die Frühförderung) stehen und in Krisenzeiten jenseits der Aufmerksamkeitsfilter von Politik rücken kann.

Der Ländervergleich war aufschlussreich in seinen Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Hier wäre es interessant den Vergleich auf den nicht-deutschsprachigen Raum auszuweiten und ggf. dezidiert Parteiprogramme in verschiedenen Wohlfahrtsregimen, statt wie hier relativ ähnliche Länder zu vergleichen.

Danksagung Ich danke dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) in Österreich für die Möglichkeit, dass ich das Programm „Research in Residence“ im Januar 2025 nutzen konnte. Weitere Förderungen durch das bifeb oder andere Stellen erfolgten nicht.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Interessenkonflikt B. Käßlinger gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- AfD (2025). *Zeit für Deutschland*. Alternative für Deutschland.
- B90/Grüne (2025). *Zusammen Wachsen*. Bündnis 90 – Die Grünen.
- Bisovsky, G. (1991). *Blockierte Bildungsreform – Staatliche Erwachsenenbildungs-Politik in Österreich seit 1970*. Picus.
- Bittschi, B., Eppel, R., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H., & Zulehner, C. (2023). *Evaluierung der Bildungskarenz und der Bildungsteilzeit*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Brown, W. (2015). *Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus unsere Demokratie zerstört*. Suhrkamp.
- BSW (2025). *Unser Land verdient mehr!*
- CDU, & CSU (2025). *Politikwechsel für Deutschland*. Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern.
- Däubler, T. (2012). Wie entstehen Wahlprogramme? Eine Untersuchung zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22(3), 333–365.
- Die LINKE (2025). *Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander*.
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (1999). Positionen zur Weiterbildung. *DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, 6(1).
- Dolezal, M., Enns-Jedenastik, L., Müller, W. C., & Winkler, A. K. (2012). The life cycle of party manifestos: the Austrian case. *West European Politics*, 35(4), 869–895. <https://doi.org/10.1080/01402382.2012.68234>.
- DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (2025). Rechtsextremismus in Österreich. Wien. https://www.doew.at/cms/download/2ga0l/rechtsextremismus_in_oe_2023.pdf. Zugegriffen: 2. Okt. 2025.
- Dröll, H. (1999). *Weiterbildungspolitik: Politische Positionen zum vierten Bildungssektor – Ein Überblick*. Klinkhardt.
- Elfert, M. (2017). *UNESCO's utopia of lifelong learning: an intellectual history*. Routledge.
- Elfert, M., & Ydesen, Chr (2023). *Global governance of education—the historical and contemporary entanglements of UNESCO, the OECD and the World Bank*. Springer.
- FDP (2025). *Alles lässt sich ändern*.
- FPÖ (2024). *Festung Österreich Festung der Freiheit – Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2024*
- Gruber, E., & Lenz, W. (2023). *Porträt Erwachsenen- und Weiterbildung Österreich* (4. Aufl.). wbv Publikation.
- Gruene-AT – Die Grüne Alternative (2024). *Wähl, als gäb's ein Morgen*. Janetschek.
- Herbrechter, D., & Schemmann, M. (2019). Educational Governance und Neo-Institutionalismus in der 'Weiterbildungsforschung'. In R. Langer & T. Brüsemeister (Hrsg.), *Handbuch Educational Governance Theorien* (S. 181–199). Springer.
- Holzer, D. (2025). Erwachsenenbildung in Österreich. <https://www.socialnet.de/lexikon/Erwachsenenbildung-in-Oesterreich>. Zugegriffen: 15. Juli 2025.
- Hessischer Volkshochschulverband (2018). 100 Jahre Volkshochschule. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 68(4).
- Ioannidou, A. (2010). *Steuerung im transnationalen Bildungsraum. Internationales Bildungsmonitoring zum Lebenslangen Lernen*. W. Bertelsmann.
- Käßlinger, B. (2008). Programmanalysen und ihre Bedeutung für pädagogische Forschung [34 Absätze]. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1, 37. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0801379>. Zugegriffen: 28.11.2025.
- Käßlinger, B. (2022). Arbeitspläne und Leitideen in der Weimarer Republik – Divergente Richtungen der Volkshochschulen in Bremen und in Gießen. *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*. <https://doi.org/10.1007/s40955-022-00209-7>.
- Kloubert, T., & Scheidig, F. (2013). Bildungspolitik im Wahljahr 2013: Die Positionen zum lebenslangen Lernen in den Wahlprogrammen der Parteien. *forum erwachsenenbildung*, 46(3), 43–44.
- KPÖ (2024). *Eine Stimme für leistbares Wohnen. Damit sich was ändert! Kommunistische Partei Österreich*.
- Kraus, K. (2001). *Lebenslanges Lernen – Karriere einer Leitidee*. wbv.
- Langer, R., & Brüsemeister, T. (Hrsg.). (2019). *Handbuch Educational Governance Theorien*. Springer.
- Launhardt, W. (2009). Wahlprogramme – Visitenkarten der Parteien. Zwischen Wählerbildung und koalitionsstrategischen Überlegungen. *Praxis Politik*, 5(4), 22–29.

- Leber, U., Kruppe, T., Schreyer, F., & Grabert, T.-F. (2022). Vorbild Österreich: Impulse für die Weiterbildungspolitik in Deutschland? In: IAB-Forum 29. November 2022. <https://iab-forum.de/vorbild-oesterreich-impulse-fuer-die-weiterbildungspolitik-in-deutschland/>. Zugegriffen: 2. Okt. 2025.
- Malmström, L. (2024). Shaping reflective political leaders. *International Journal of Lifelong Education*. <https://doi.org/10.1080/02601370.2024.2412593>.
- Manninen, J., & Vuorikoski, K.M. (2024). Policy vs. practice. An analysis of the course provision of Finnish study centres between 2016 and 2021. *International Journal of Lifelong Education*. <https://doi.org/10.1080/02601370.2024.2442625>.
- Mayring, P. (2001). Kombination und Integration qualitativer und quantitativer Analyse. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 2(1), 6. <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-01/1-01mayring-d-hm> Zugegriffen: 13.07.2025.
- Meier, A. (1971). *Proletarische Erwachsenenbildung*.
- Meilhammer, E. (2018). Erwachsenenbildung für die Demokratie – Erwachsenenbildung in der Demokratie: Verortungen und Problemlagen. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 68(3), 208–216.
- Milana, M., Rasmussen, P., & Bussi, M. (Hrsg.). (2024). *Research handbook on adult education policy*. Edward Elgar.
- Neos (2024). *Reformen für Dein neues Österreich*. online Druck GmbH.
- ÖVP (2024). *Österreichplan: Das Programm – Stabilität für Österreich*.
- Rohe, K. (1994). *Politik – Begriffe und Wirklichkeiten*. Kohlhammer.
- Scheidig, F., & Kloubert, T. (2017). Positionen und Perspektiven zu Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen in den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2017. *Forum Erwachsenenbildung*, 50(3), 38–40.
- Scheidig, F., & Kloubert, T. (2021). Das Lernen Erwachsener im Spiegel der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021. *Forum Erwachsenenbildung*, 54(3), 32–35.
- Schemmann, M. (2007). *Internationale Weiterbildungspolitik und Globalisierung. Orientierungen und Aktivitäten von OECD, EU, UNESCO und Weltbank*. W. Bertelsmann.
- Schneider, G., & Toyka-Seid, Chr (2025). *Das junge Politik-Lexikon*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schrader, J. (2021). Governance-Forschung in der Weiterbildung – Entwicklungen und Herausforderungen. In L. Böckmann, S. Engelmann, P. Reichrath & A. Rohstock (Hrsg.), *Creativity, Courage, Chances – Festschrift zu Ehren von Karin S. Amos* (S. 611–644). Tübingen: Library Publishing.
- Seegers, M. (2024). *Geschlechtsspezifische Selektionsmechanismen non-formaler beruflicher Weiterbildung*. Barbara Budrich.
- SPD (2025). *Mehr für Dich. Besser für Deutschland*. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- SPÖ (2024). *Mit ♥ + Hirn. Unser Plan für dein besseres Österreich*. Donau-Forum-Druck.
- SPÖ – Sozialistische Partei Österreich (1969). *Für ein modernes Österreich. Das Erwachsenenbildungsprogramm der SPÖ. Bildung für die Gesellschaft von morgen*. Wilhelm Götz.
- Wachter, S. (2019). Volkshochschule als Ort der Demokratie – Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein? *Hessische Blätter für Volksbildung*, 69(3), 276–282.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.